

### Kleine Anfrage mit Antwort

#### Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Christian Meyer und Helge Limburg (GRÜNE), eingegangen am 16.09.2009

#### **FDP kritisiert eigene Landesregierung für Defizite beim Verbraucherschutz. Ist Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern im Verbraucherschutz „zu schläfrig“?**

Bei einem Redaktionsbesuch der *Ostfriesen-Zeitung* in Leer am 24.08.2009 forderte der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Michael Goldmann zusammen mit dem Vorsitzenden des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes Gerd Billen mehr Geld für den Verbraucherschutz in Niedersachsen.

Goldmann, der in der FDP-Bundestagsfraktion für das Thema Verbraucherschutz zuständig ist, kritisierte besonders seine Parteifreunde der schwarz-gelben niedersächsischen Landesregierung. Es reiche nicht, wenn der Verbraucherschutz beim Sparen schonend behandelt werde: „Es muss aufgestockt werden.“ Konkret forderte Goldmann eine Verbraucherberatungsstelle in der Stadt Leer.

Verbraucherzentralen-Bundeschef Billen kritisiert, dass Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern „zu schläfrig“ ist, und hebt hervor, dass die Nachfrage nach verlässlichen Ansprechpartnern aus unabhängigen Verbraucherzentralen und -verbänden gestiegen ist und dass insbesondere Familien und Senioren auf die Beratung angewiesen sind.

Besonders hinsichtlich der neuen Täuschungen der Verbraucherinnen und Verbraucher mit Analogkäse, länger haltbare Milch, die als Frischmilch gekennzeichnet ist, Fällen von Datenmissbrauch und unseriöser Finanzberatung besteht dringender Bedarf zum Ausbau der Verbraucherzentralen, so die Kritik des Bundesvorsitzenden. Unabhängige Verbraucherzentralen und -verbände sind unverzichtbar für die Verbraucherinformation und Interessenvertretung. Doch sie stehen unter hohem finanziellen Druck, und das Ziel eines flächendeckenden Ausbaus mit Beratungsstellen und Fachpersonal entsprechend der Nachfrage ist in Niedersachsen seit 50 Jahren immer noch nicht erreicht worden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte die Landeszuschüsse für die Verbraucherzentralen von 1,6 Millionen (2002) auf 1 Million Euro (2007) um mehr als 37 % gekürzt. Die Zahl der Beratungsstellen wurde von 28 (2002) auf heute 20 Beratungsstellen drastisch verringert. Die vom FDP-Politiker Goldmann kritisierten Kürzungen und der Abbau der Beratung im ländlichen Raum sind also von seiner eigenen Landesregierung verursacht.

Eine kürzlich (25.08.2009) in Berlin vorgestellte Studie von Infratest Dimap zur Bedeutung des Verbraucherschutzes für die Wahlentscheidung zur Bundestagswahl ergab, dass 83 % der Wahlberechtigten mit dem Verbraucherschutz unzufrieden sind und sich Verbesserungen wünschen. Nur 14 % sehen die CDU/CSU und nur 4 % die FDP als verbraucherpolitisch kompetent. Die höchste Kompetenz wurde in der Umfrage mit 28 % Bündnis 90/Die Grünen zugeschrieben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die zitierten Äußerungen des FDP-Politikers Goldmann für mehr Geld für den Verbraucherschutz in Niedersachsen? Ist das populistisches Wahlkampfgetöse, oder hat es einen realen Gehalt?
2. Der Bundesvorsitzende der Verbraucherzentralen kritisierte, dass Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern „zu schläfrig“ ist. Wie rechtfertigt die Landesregierung sich gegen diese Kritik, und wie sieht sie den Vergleich mit anderen Bundesländern?
3. Sieht die Landesregierung angesichts der Bankenkrise, Datenmissbrauch, zunehmender Imitatprodukten sowie Internet- und Telefonwerbung einen gestiegenen Beratungs- und Arbeitsbedarf der Verbraucherzentralen? Wenn ja, wie will sie diesen bewältigen?

4. Wie hoch sind die finanziellen Zuwendungen der Landesregierung für die unabhängige Verbraucherberatung pro Einwohner im Vergleich zu anderen Bundesländern?
5. Welchen Platz belegt Niedersachsen in einem solchen Ranking?
6. Was plant die Landesregierung, um den Verbraucherschutz in Niedersachsen zu verbessern auch vor dem Hintergrund der hohen Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Themenfeld?
7. Plant die Landesregierung, durch ihre Förderung die Zahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen in Niedersachsen zu erhöhen?
8. Unterstützt die Landesregierung die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle in Leer, wie von Herrn Goldmann gefordert?
9. Unterstützt die Landesregierung die Forderungen der Bundesregierung nach besseren Kennzeichnungspflichten für Lebensmittelimitate und ESL-Milch?
10. Welche verbraucherschutzpolitischen Aktivitäten hat die Landesregierung im Bundesrat in dieser Legislaturperiode unternommen?
11. Welche Position hat die Landesregierung im Bundesrat zur Neuregelung unerlaubter Werbeanrufe eingenommen, zu dem seit dem 24.06.2008 ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16/263) vorliegt?
12. Sieht die schwarz-gelbe Landesregierung einen Zusammenhang zwischen der Ausstattung des Verbraucherschutzes und der zitierten repräsentativen Kompetenzzuschreibungen der sie tragenden Parteien?

(An die Staatskanzlei übersandt am 22.09.2009 - II/721 - 462)

#### **Antwort der Landesregierung**

Niedersächsisches Ministerium  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
- Z3-01424/0020/462 (21) -

Hannover, den 29.10.2009

Das Land Niedersachsen trägt den Verbraucherschutz in vielfältiger Form. So fließen jährlich rund 1,6 Mio. Euro Landesmittel in Form von institutioneller Förderung und Projektförderung in die Finanzierung der Verbraucherzentrale Niedersachsen. Hinzu kommen Mittel des Bundes und der Kommunen. Seit 2003 wurde eine stufenweise Absenkung der institutionellen Förderung bei Ausweitung der Projektförderung beschlossen, sodass sich die jährliche Zuwendung im Zeitraum von 2003 bis 2009 lediglich um rd. 120 000 Euro (ca. 5 %) verringert hat. Auch kam es in diesem Zeitraum zu keiner durch die Absenkung der Landesmittel verursachten Schließung einer Beratungsstelle.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe wichtiger Einrichtungen des Landes, die direkt oder indirekt dem Schutz der Verbraucher dienen, insbesondere die Lebensmittelkontrolle, das Eichwesen, die Geräte- und Produktprüfung, die Gewerbeaufsicht oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz.

Alle diese Einrichtungen arbeiten auf hohem Niveau und sind in der Lage, auf neue Entwicklungen und Herausforderungen schnell zu reagieren. So werden Beschaffenheits- und Bezeichnungsmängel z. B. bei Schinkenersatz oder Analogkäse von den niedersächsischen Überwachungsbehörden bereits seit Jahren intensiv verfolgt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Der Bundestagsabgeordnete Goldmann setzt sich erfolgreich für die Interessen seines Wahlkreises und Niedersachsens im Bundestag ein. In dieser Funktion fordert er seit langem eine stärkere Berücksichtigung der Belange von Verbrauchern und eine bessere finanzielle Ausstattung der Verbraucherberatung.

Zu Interview-Aussagen einzelner Bundestagsabgeordneter kann die Landesregierung keine Stellung beziehen.

Zu 2:

Die Landesregierung kann die Bewertung von Herrn Billen bezüglich des Verbraucherschutzes in Niedersachsen nicht nachvollziehen. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern sieht die Landesregierung für Niedersachsen keine signifikanten Schwächen. So befindet sich Niedersachsen auch in dem von der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Auftrag gegebenen Verbraucherschutzindex 2008 stabil im Mittelfeld. Insbesondere bei den für den Verbraucherschutz besonders wichtigen Kontrollbehörden schneidet Niedersachsen mit einem dritten Platz hervorragend ab.

Zu 3:

Im Laufe der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass sich der Beratungsbedarf in den Verbraucherzentralen weg von der klassischen Beratung im Bereich Ernährung und Produktberatung hin zu neuen Märkten und Produkten wie Telekommunikation, Internet und Datenschutz, Energie sowie Versicherungen und Finanzen bewegt. Da hier die Fragestellungen immer spezifischer werden, steigt tendenziell auch der Bedarf an Beratungen.

Gemeinsam mit dem Bund setzt das Land daher auf die Förderung von Projekten in den Bereichen, in denen aktuell besonders hoher Beratungsbedarf gesehen wird. Diese projektfinanzierte Arbeit im Verbraucherschutz ermöglicht einerseits, jährlich aktuelle Schwerpunkte in der Verbraucherarbeit zu setzen und andererseits eine regelmäßige Erfolgskontrolle, um einen hohen Qualitätsstandard in der Verbraucherberatung und -information sicherzustellen.

Die Landesregierung geht davon aus, dass mit den derzeitigen Maßnahmen ein hoher Standard im Verbraucherschutz erzielt wird.

Zu 4:

Bundesländer	Förderung der Verbraucherzentralen pro Einwohner 2009
Nordrhein-Westfalen	0,60 Euro
Bayern	0,21 Euro
Baden-Württemberg	0,21 Euro
Niedersachsen	0,20 Euro
Hessen	0,19 Euro
Sachsen	0,68 Euro
Rheinland-Pfalz	0,51 Euro
Berlin	0,35 Euro
Schleswig-Holstein	0,33 Euro
Brandenburg	0,54 Euro
Sachsen-Anhalt	0,55 Euro
Thüringen	0,38 Euro
Hamburg	0,65 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	0,35 Euro
Saarland	0,45 Euro
Bremen	0,58 Euro

Zu 5:

Niedersachsen belegt mit 0,20 Euro den 15. Platz vor Hessen (0,19 Euro) und direkt hinter Bayern und Baden-Württemberg (0,21 Euro).

Zu 6:

Die Niedersächsische Landesregierung misst dem gesundheitlichen Verbraucherschutz einen sehr hohen Stellenwert bei. Es ist nicht nur gelungen, diesen Bereich weitgehend von Kürzungen zu verschonen. Durch personelle Verstärkung des LAVES mit acht Stellen in wichtigen Bereichen wird der gesundheitliche Verbraucherschutz auch im kommenden Jahr den aktuellen Entwicklungen angepasst:

Aufgrund der Zunahme der für die Tierseuchen mit Zoonose-Charakter zu bewältigenden PCR-Analytik hat das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) drei unbefristet besetzbare Stellen erhalten.

Die Koordinierungsstelle Zoonosen ist im LAVES eingerichtet worden, um die Implementierung der Zoonosenüberwachung und -bekämpfung in Niedersachsen umfassend konzeptionell und kommunikativ begleiten zu können.

Das LAVES ist seit 2002 auch zuständige Behörde im Sinne des Öko-Landbaugesetzes und mit der Durchführung der Verordnung des Rates über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel befasst. Dieser Bereich wurde aufgrund der am Markt zu beobachtenden deutlichen Steigerung der Nachfrage nach Bioprodukten mit zwei zusätzlichen Stellen verstärkt.

Die „Task-Force Tierseuchen“ soll auch in Zukunft dazu beitragen, eine effektive Tierseuchenbekämpfung entsprechend den Vorgaben der EU sowie des „Bundesmaßnahmenkatalogs Tierseuchen“ zu gewährleisten. Dazu ist eine zusätzliche Stelle bereit gestellt worden.

Zu einem drastischen Anstieg der Untersuchungsaufträge ist es u. a. durch die Dioxin-/dl-PCB-Problematik in Überschwemmungsgebieten der Ems und anderen flussnahen Gebieten auch im Dioxin-Labor des Lebensmittelinstitutes Oldenburg gekommen. Auch hier wurde eine zusätzliche Stelle in den Haushalt eingestellt.

Darüber hinaus werden mit dem Bau des neuen Veterinärinstituts Oldenburg in den nächsten drei Jahren insgesamt 32,9 Mio. Euro zusätzlich investiert.

Im Bereich des technischen Verbraucherschutzes plant die Landesregierung gemeinsam mit den anderen Ländern, die Marktüberwachung im Bereich des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes (GPSG) zu optimieren.

Die Marktüberwachung schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor unsicheren Produkten. Sie unterbindet und verhindert das Inverkehrbringen von Produkten, die nicht den europäischen Vorschriften entsprechen.

Die 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) hat im Jahr 2008 die Bedeutung der Marktüberwachung im Bereich des GPSG für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Wirtschaft unterstrichen. Sie hat beschlossen, dass die Marktüberwachung eines länderübergreifenden Konzepts bedarf, um ein einheitliches Sicherheitsniveau in Deutschland und auf dem europäischen Binnenmarkt zu erreichen und um regionale Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche behördliche Beurteilungen bei Fragen der Produktsicherheit zu vermeiden. Die ASMK hat den Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) beauftragt, ein Konzept für eine ländergetragene Stelle zur Marktüberwachung vorzulegen. Ferner soll der LASI ein Konzept für eine schnittstellenfreie sektorale Produktspezialisierung der Länder und eine fachliche Spezialisierung der Geräteuntersuchungsstellen ausarbeiten und bis zum 1. Januar 2010 umsetzen.

Im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes werden die unter Frage 3 aufgeführten Aktivitäten fortgeführt. Darüber hinaus engagiert sich das Land im Rahmen der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) in verschiedenen Projektgruppen, über die die Länder an Gesetzentwürfen des Bundes sowie an Richtlinienentwürfen der Europäischen Kommission mitwirken.

Zu 7:

Die Landesregierung selbst nimmt keinen direkten Einfluss auf die Anzahl der Beratungsstellen im Land. Die laufenden Kosten einer Beratungsstelle bestreitet die VZN aus den Mitteln der institutionellen Förderung des Landes sowie der Förderung der jeweiligen Kommune. Beratungsstellen werden nur dort aufrechterhalten, wo eine ausreichende Unterstützung durch die jeweilige Kommune in Form von Finanz- oder Sachleistungen gegeben ist. Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Beratungsstelle ist dementsprechend die Zusage einer Kommune, die notwendige Unterstützung zu leisten.

Zu 8:

Auf die Beantwortung der Frage 7 wird verwiesen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass auch vonseiten der VZN keine ausdrückliche Forderung nach einer Beratungsstelle in Leer erhoben wird, sondern sie sich generell ein dichteres Netz an Beratungsstellen wünscht.

Zu 9:

Nach derzeitiger Rechtsauslegung, die vor allem durch den Europäischen Gerichtshof geprägt wurde, genügt es meistens, nachgemachte Lebensmittel im Zutatenverzeichnis zu umschreiben.

Imitate sollten zukünftig direkt in Verbindung mit der in Bezug genommenen Verkehrsbezeichnung auf der Schauseite der Verpackung kenntlich gemacht werden und nicht erst anhand des sorgfältigen Lesens der Zutatenliste identifizierbar sein. Auch die Verwendung von Imitaten bei loser Ware z. B. in Gaststätten muss ausreichend kenntlich gemacht werden.

Hierzu soll der derzeit diskutierte Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel 2008/0028 (COD) angepasst werden. Der Bundesrat hat in einer Entschließung vom 31. Juli 2009 (BR-Drucks. 676/09) mit Zustimmung Niedersachsens die Bundesregierung gebeten, sich bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass transparentere und strengere Regelungen bei der Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten in den aktuell diskutierten Verordnungsvorschlag integriert werden und zeitnah in Kraft treten.

Eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung der ESL-Milch wird unterstützt. Da ESL-Milch weltweit gehandelt wird, sollte eine rechtsverbindliche Vorgabe zur Kennzeichnung dieser Milch auf EU-Ebene erfolgen. Eine Änderung des Kennzeichnungsrechts auf allein nationaler Ebene würde zu Wettbewerbsnachteilen für die hiesige Milchwirtschaft führen.

Zu 10:

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich im Bundesratsverfahren zu einer Vielzahl verbraucherschutzrelevanter Vorhaben positioniert. Eine Auflistung der Vorhaben findet sich in der **Anlage**.

Zu 11:

Niedersachsen hat dem Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen im Bundesrat zugestimmt.

Zu 12:

Die Umfrage wurde bundesweit durchgeführt und lässt somit kaum Rückschlüsse auf die Landespolitik zu. Gegenstand der Befragung waren zudem Politikfelder, in denen ein besonderer Handlungsbedarf gesehen wird und nicht die Zufriedenheit mit der Verbraucherschutzpolitik einzelner Länder. Daher vermag die Landesregierung hier keinen Zusammenhang zu erkennen.

Jörg Bode

## Anlage

<b>Bundratsaktivitäten aus dem Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutz</b>
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel und zur Änderung der Verordnung (EG) KOM (2007) 872 endg.; Ratsdok. 5431/08
Verordnung über Ausnahmen von § 56a des Arzneimittelgesetzes zum Schutz vor der Blaulungenkrankheit (AMG-Blaulungenkrankheit - Ausnahmeverordnung)
Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Erfassung, Auswertung und Veröffentlichung von Daten über das Auftreten von Zoonosen und Zoonoseerregern entlang der Lebensmittelkette (AVV Zoonosen Lebensmittelkette)
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel KOM (2008) 40 endg.; Ratsdok. 6172/08
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug KOM (2008) 9 endg.; Ratsdok. 5938/08
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel (Neufassung) KOM (2008) 49 endg.; Ratsdok. 6725/08
Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 76/769/EWG in Bezug auf Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (Dichlormethan) KOM (2008) 80 endg.; Ratsdok. 6689/08
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Vereinfachung der Verfahren für das Auflisten und die Veröffentlichung von Informationen im Veterinär- und Tierzuchtbereich und zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG, 77/504/EWG, 88/407/EWG, 8/661/EWG, 89/361/EWG, 89/556/EWG, 90/427/EWG, 90/428/EWG, 90/429/EWG, 90/539/EWG, 91/68/EWG, 92/35/EWG, 92/65/EWG, 92/66/EWG, 92/119/EWG, 94/28/EWG, 2000/75/EG, der Entscheidung 2000/258/EG sowie der Richtlinien 2001/89/EG, 2002/60/EG und 2005/94/EG KOM (2008) 120 endg.; Ratsdok. 7232/08
<u>Fünfundvierzigste Verordnung zur Änderung der Kosmetik-Verordnung</u>
<u>Fünfzehnte Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung</u>
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln KOM (2008) 124 endg.; Ratsdok. 7296/08
<u>Verordnung zur Änderung der Alkoholhaltige Getränke-Verordnung sowie anderer Vorschriften</u>
<u>Verordnung zur Änderung der EG-Blaulungenbekämpfung-Durchführungsverordnung, der Geflügelpest-Verordnung und der Viehverkehrsverordnung</u>
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG und der Richtlinie 2001/83/EG in Bezug auf Änderungen der Bedingungen für Zulassungen von Arzneimitteln KOM (2008) 123 endg.; Ratsdok. 7529/08
<u>Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung</u>
<u>Verordnung zur Übertragung von Aufgaben an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - BVL-Aufgabenübertragungsverordnung - BVLAÜV</u>
<u>Sechste Verordnung zur Änderung der Fertigpackungsverordnung</u>
<u>Zweite Verordnung zur Änderung der Tierärztegebührenverordnung</u>
<u>Verbraucherpolitischer Bericht 2008</u>
<u>Fünfte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung</u>
<u>Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung gemeinschaftlicher Vorschriften über das Verbot der Einfuhr, der Ausfuhr und des Inverkehrbringens von Katzen- und Hundefellen - Katzen- und Hundefell-Einfuhr-Verbotsgesetz - KHfEVerbG</u>

<b>Bundratsaktivitäten aus dem Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutz</b>
Zweite Verordnung zur Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung
Verordnung über Mittel zum Tätowieren einschließlich bestimmter vergleichbarer Stoffe und Zubereitungen aus Stoffen - Tätowiermittel-Verordnung
Fünfte Verordnung zur Änderung der Tabakverordnung
Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Virusdiarrhoe-Virus - BVDV-Verordnung
Beibehaltung der Flexibilität bei der Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch amtliche Fachassistenten
Entschließung des Bundesrates zum Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (Verordnung über tierische Nebenprodukte) KOM (2008) 345 endg.; Ratsdok. 10637/08
Nationaler Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten = IN FORM Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung
Verordnung zur Änderung der Verordnung über bestimmte Impfstoffe zum Schutz vor der Blauzungkrankheit und zur Änderung der EG-Blauzungbekämpfung-Durchführungsverordnung
Verordnung zur Änderung lebensmittelrechtlicher Vorschriften
Achte Verordnung zur Änderung weinrechtlicher Bestimmungen
Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beschränkungen für das Inverkehrbringen von bestimmtem Guarkernmehl sowie bestimmter unter dessen Verwendung hergestellter Erzeugnisse
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/79/EWG, der Richtlinie 92/80/EWG und der Richtlinie 95/59/EG hinsichtlich der Struktur und der Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren
Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates - Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV
Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Qualität von Agrarerzeugnissen: Produktnormen, Bewirtschaftungsauflagen und Qualitätsregelungen KOM (2008) 641 endg.; Ratsdok. 14358/08
Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie BT-Drs. 16/10700
Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2007 BT-Drs. 16/10790
Sechste Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung
Verordnung zur Änderung von Bußgeldvorschriften des Düngemittelrechts und der Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsverordnung
Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung antimikrobieller Stoffe zur Entfernung von Oberflächenverunreinigungen von Geflügelschlachtkörpern KOM (2008) 430 endg.; Ratsdok. 15214/08
Zweite Verordnung zur Änderung der Feuerzeugverordnung
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere KOM (2008) 543 endg.; Ratsdok. 15546/08
Dritte Verordnung über Beschränkungen für das Inverkehrbringen bestimmter Erzeugnisse aus Reis aus China (3. ReisBeschrV)
Viertes Gesetz zur Änderung des Weingesetzes

<b>Bundratsaktivitäten aus dem Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutz</b>
Verordnung über die Gleichstellung von außerhalb des Anwendungsbereichs des Hufbeschlaggesetzes oder im Ausland erworbenen Prüfungszeugnissen mit den Prüfungszeugnissen nach der Hufbeschlagverordnung und deren Berücksichtigung bei der staatlichen Anerkennung - Hufbeschlag-Anerkennungsverordnung - HufBeschl-AnerkennV
Dritte Verordnung zur Änderung der Rückstands-Höchstmengenverordnung und zur Änderung der Futtermittelverordnung
Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Virusdiarrhoe-Virus (BVDV-Verordnung)
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur in Bezug auf die Information der breiten Öffentlichkeit über verschreibungspflichtige Humanarzneimittel KOM (2008) 662 endg.; Ratsdok. 17498/08
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur hinsichtlich der Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln KOM (2008) 664 endg.; Ratsdok. 17501/08
Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung behördlicher Aufgaben und Kompetenzen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes
Verordnung zum Schutz gegen bestimmte Salmonelleninfektionen beim Haushuhn (Hühner-Salmonellen-Verordnung) sowie zur Änderung der Verordnung über meldepflichtige Tierkrankheiten und der Verordnung über anzeigepflichtige Tierseuchen
Verordnung zur Änderung der Verordnung über Stoffe mit pharmakologischer Wirkung und der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken sowie zur Aufhebung der Verordnung über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe bei der Herstellung von Arzneimitteln zur Anwendung bei Tieren
Melamin-Lebensmittel-Futtermittel-Einfuhrverbotsverordnung
Fünfte Verordnung zur Änderung der Preisangabenverordnung
Entschließung des Bundesrates zum Tierschutz bei der Haltung von Kaninchen zu Erwerbszwecken Antrag der Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen
Verordnung zur Änderung der Tuberkulose-Verordnung und sonstiger tierseuchenrechtlicher Verordnungen
Verordnung zur Änderung blauzungenrechtlicher Vorschriften und zur Änderung der Geflügelpest-Verordnung
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften
Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat zur Ermächtigung der Kommission, mit der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) Verhandlungen über die Bedingungen und Modalitäten des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft aufzunehmen und zu führen KOM(2008) 577 endg.; Ratsdok. 13934/08
Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung von Verwaltungsvorschriften im Bereich des Lebensmittelrechts
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches Gesetzesantrag des Saarlandes
Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Einfuhr, der Verarbeitung und des Inverkehrbringens von Robbenerzeugnissen - Robbenerzeugnisse-Verbotsgesetz - RobErzVerbG

<b>Bundratsaktivitäten aus dem Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutz</b>
Verordnung zur Änderung der Anlagen 1 und 2 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind - Siebte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens
1. Dg. BR-Drs. 796/07 Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften
1. Dg. BR-Drs. 660/07 Zweites Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes (Tierhaltungs- TÜV)
1. Dg. BR-Drs. 58/09 Gesetz zur Ergänzung behördlicher Aufgaben und Kompetenzen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes
Entwurf eines Gesetzes über die Akkreditierungsstelle - Akkreditierungsstellengesetz - AkkStelleG
Verordnung über die Zulassung privater Gegenprobensachverständiger und über Regelungen für amtliche Gegenproben sowie zur Änderung der Gegenprobensachverständigen-Prüflaboratorienverordnung
Verordnung zur Änderung der Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsverordnung und zur Änderung der TSE-Überwachungsverordnung
Siebte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung
Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse
Initiativgesetz aus der Mitte des Bundestages
Fünftes Gesetz zur Änderung des Weinggesetzes
1. Dg. BR-Drs. 171/09 Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften
1. Dg. BR-Drs. 373/09 Akkreditierungsstellengesetz - AkkStelleG Antrag auf Beratung im Agrarausschuss des Bundesrates
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten KOM (2009) 267 endg.; Ratsdok. 11063/09
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über rauchfreie Zonen KOM (2009) 328 endg.; Ratsdok. 11533/09
Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes Antrag BE
Entschließung des Bundesrates zur besseren Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten Antrag des Landes Baden-Württemberg
Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung
Verordnung über das datenbankgestützte Informationssystem über Arzneimittel des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI-Arzneimittelverordnung - DIMDI-AMV)
Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Monitorings von Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen für das Jahr 2010 (AVV Monitoring 2010)
Verordnung zur Aufhebung marktordnungsrechtlicher Vorschriften im Sektor Olivenöl

<b>Bundesratsaktivitäten aus dem Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutz</b>
Vorschlag für eine VO EP: Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden
Vorschlag VO EP: Passagierrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der VO (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden
Gesetz zur Ergänzung behördlicher Aufgaben und Kompetenzen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes
Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes
Grünbuch der Kommission über kollektive Rechtdurchsetzungsverfahren für Verbraucher sowie BR-Drs. 397/09: Stellungnahme der EU-Kommission zum BR-Beschluss vom 13.02.09
Vorschlag für eine EU-RL über Rechte der Verbraucher
Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht
<b>Bundesratsaktivitäten aus dem Bereich des technischen Verbraucherschutzes</b>
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Pestizidausbringungsmaschinen zur Änderung der Richtlinie 2006/42/EG vom 17. Mai 2006 über Maschinen